Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

2.4.1864 (No. 78)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 2. April.

Nr. 78. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. 1864.

Telegramme.

† **Berlin,** 1. Apr. Die „Nordd. Allgem. Ztg." theilt mit, daß die Annahme der Konferenz von Seiten Preußens von der Erklärung begleitet sei, die Lösung müsse auf einer andern Basis als der der Verträge von 1851 und 52 gesucht und der Nationalitätsfrage befriedigende Rechnung getragen werden. Die Bundesregierungen seien durch preußische und österreichische Zirkulardepeschen besonders eingeladen worden. Die Theilnahme des Bundes sei sehr wahrscheinlich. Die „Nordd. Allg. Ztg." empfiehlt, die Frage: „ob deutsch, ob dänisch?" den Herzogthümern vorzulegen.

† **Berlin,** 1. Apr., Nachmittags. Der „Staatsanzeiger" meldet vom Kriegsschauplatz: In der Nacht vom 29. auf den 30. März wurde gegen die Düppeler Schanzen die erste Parallele eröffnet. Die Arbeit, vom Feinde unentdeckt, wurde ohne jegliche Störung ausgeführt durch 2500 Mann von der Brigade Canstein, gedeckt durch zwei Bataillone von der Brigade Göben. Am 30. Morgens wurden von den Schanzen einige Schüsse gegen die ausgeführten Arbeiten abgefeuert.

† **Wien,** 1. Apr. Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß die Schwierigkeiten, welche der Annahme der mexikanischen Krone noch entgegenstanden, nunmehr beseitigt sind. Der Empfang der Deputation und die Annahme der Kaiserkrone von Seiten des Erzherzogs Ferdinand Max dürfte in den nächsten Tagen stattfinden.

† **St. Petersburg,** 1. Apr. Der heutige „Invalide" klagt den walachischen Minister Kogelnitschanu der offenen Duldung der polnischen Revolutionäre an, erinnert Letztern aber daran, daß, nachdem der Weg durch Galizien versperrt worden, nur der Marsch durch Bessarabien, Podolien und Volhinien sei, wo sich die Truppen befinden und die Bevölkerung ihnen höchst feindlich ist.

† **Paris,** 1. Apr. Der „Constitutionnel" sagt in einem von P. Limairac unterzeichneten Artikel: Die Volksabstimmung in den Herzogthümern sei das einzige richtige Mittel zur Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten.

Hamburg, 31. März. Die „Berling. Ztg." vom 29. d. schreibt: „Der letzte ruhmvolle Kampf bei den Düppeler Schanzen wird dem Auslande beweisen, daß von einer Unterwerfung Dänemarks gegenüber unberechtigten Anmaßungen nicht die Rede sein kann. In keinem einzigen der Kopenhagener Blätter vom 29. d. findet die Annahme der Konferenz durch Dänemark Erwähnung.

Altona, 29. März. Die „Schlesw.-Holst. Ztg." meldet: Am Dienstag tritt die Versammlung der Abgeordneten der holsteinischen Stände in Kiel zusammen; Konvokanten sind Professor Behr, Graf Rantzau, Reincke, Pastor Versmann und Pastor Schraber.

Kopenhagen, 29. März. Der Feind verließ Horsens, um nach südwärts zu marschiren. Der Kriegsminister meldet, daß die Dänen gestern Horsens wieder besetzt, und daß 23 preußische Husaren heute bei Fridericia gefangen genommen wurden.

Kopenhagen, 1. Apr. (W. T.-B.) „Dagbladet" meldet: Am 30. März habe eine Dänemark günstige Demonstration in Finnland stattgehabt. In Christiania habe am 29. der Storthing 800,000 Spezies bewilligt und den König ermächtigt, wenn nothwendig, die Linienarmee und Flotte zur Unterstützung der Dänen zu verwenden. 6000 Mann der Landarmee und die ganze Flotte ist fertig gemacht.

Bukarest, 29. März. Das von dem türkischen Kriegsdampfer an der Sulina-Mündung angehaltene, mit Waffen beladene französische Schiff „Taurus" ist mit seiner Ladung in Braila angekommen.

Zur Lage.

VIII.

In unseren letzten Betrachtungen mußten wir das Konferenzprojekt noch als ziemlich unfertig behandeln, da die erste englische Mittheilung an den Bund nur von vier Theilnehmern zu sagen wußte. Seitdem ist nun durch die förmlich ergangene Einladung an die Bundesversammlung und die weiter bekannt gewordene Zustimmung anderer eingeladenen Staaten das Projekt seiner Verwirklichung näher gerückt, und die Konferenz selbst würde also, wenn sie nicht doch noch an dieser oder jener Klippe scheitert, wegen der allgemeinern Theilnahme von größerer Bedeutung sein, als nach der ursprünglichen Angabe zu erwarten war.

Die englische Note an den Bund vom 23. d. M. konstatirt, daß es nicht gelungen war, unter den vier betreffenden Regierungen irgend eine gemeinsame Basis für eine Verständigung zu finden, und daß man sich begnügen muß, auf der Konferenz selbst erst die Bedingungen zu suchen, auf denen eine Herstellung des Friedens möglich sein wird.

Je zahlreicher die Konferenz besucht sein wird, desto mehr Hoffnung ist zu hegen, daß nicht einseitige Ansichten gegen die Befriedigung der Rechte Schleswig-Holsteins den Ausschlag geben werden.

Täuschen wir uns nicht, so werden sich auf der Konferenz wesentlich zwei Richtungen geltend machen, je nachdem man nur ein augenblickliches Arrangement und oberflächliches Abkommen zur Beendigung des Kriegsstandes, oder je nachdem man auch eine Sicherung der „Segnungen des Friedens" für die Dauer sucht. Die erstere Richtung scheint uns, wie wir dieses schon aussprachen, vornehmlich gerade bei den deutschen Großmächten und bei England vorzuwalten. Dänemark selbst wird natürlich mehr in der letzten Richtung stehen, dabei aber die Erhaltung des Gesammt- oder doch wenigstens des Eiderstaates zähe verfolgen.

Anders dürfte es mit den übrigen, zur Theilnahme kommenden Mächten sein. Die An- und Absichten Schwedens und Rußlands sind sehr in Dunkel gehüllt; allein so viel ist gewiß, daß sie sich bis jetzt vor vorschneller Einmischung und vor dem Streben nach augenblücklichen Erfolgen gehütet haben. Ihre geographische Lage, ihr dauerndes Interesse an den baltischen Verhältnissen muß ihnen den Wunsch nahe legen, daß in den Ländern, welche bisher die dänische Monarchie bildeten, stabile Zustände eintreten und nicht solche politische Experimente angestellt werden, welche bei der ersten Gelegenheit zu neuen Verwicklungen führen müssen.

Von Frankreichs Ansicht ist bereits Kunde in die Oeffentlichkeit gedrungen. Die kaiserliche Regierung nimmt die englische Einladung an, läßt aber keinen Zweifel daran, daß sie das Londoner Protokoll und die Abmachungen von 1851 und 1852 nicht für geeignet halte, zum Ausgangspunkt der Verhandlungen zu dienen, sondern daß sie vielmehr den Streit unter den Nationalitäten nur dadurch für lösbar erachte, daß den Herzogthümern die Selbstbestimmung ihres zukünftigen staatlichen Schicksals anheimgegeben werde. Diese politische Auffassung steht im Einklang mit den bisherigen, für Frankreich fast traditionell gewordenen Prinzipien der dortigen Regierung. Wir dürfen darin einen Beweis finden, daß es derselben Ernst ist, einem, Europa mit steten Verwicklungen drohenden Schaden auf billige und gerechte Weise ein Ende machen zu helfen. Gegenüber dem wegen vermeintlicher Hintergedanken vielfach gehegten Mißtrauen gegen Frankreich wäre in solchem Streben Frankreichs Wunsch zu erkennen, mit seinen Nachbarn in bestem Vernehmen leben zu können.

Der Richtung auf eine dauerhafte Regulirung des Streites am Belt wird nothwendig auch der Bund in seiner Mehrheit angehören. Absehend von allen den gewichtigen Forderungen des Rechts und des gemeinsamen Blutes, die laut von ihm ein Eintreten für die nationale Selbständigkeit der Herzogthümer heischen, muß ihn die gewöhnlichste Klugheit und Vorsicht dazu bewegen, seine Stimme nur im Sinn eines Ruhe und Frieden sichernden Abschlusses zu erheben. Ein solcher ist weder in der Real- noch in der Personalunion der streitenden Theile, sondern nur in deren vollkommener Trennung zu suchen. Das Beispiel aber, welches Oesterreich und Preußen dem Bunde dafür liefern, in welcher Weise ihn berührende auswärtige Konflikte behandelt werden können, ist ganz dazu angethan, den Bund zu bewegen, so viel an ihm ist, den Stoff zu solchen Konflikten möglichst fern zu halten.

Freilich hört man zweifeln, ob denn der Bund überall sich an der Konferenz betheiligen solle? ob er nicht lieber daheim bleibe und nicht durch seine Anwesenheit etwaige üble Beschlüsse der Konferenz bestätigen helfe? Man hört von den Schwierigkeiten sprechen, welche die Wahl des Vertreters und die Entwerfung der Instruktion bereiten werde, und es wird sogar ventilirt, daß die hohe Bundesversammlung wie dereinst im Jahr 1851 vertrauensvoll ihr Mandat in die Hände der deutschen Großmächte legen möge.

Wir sind nun entschieden der Ansicht, daß — wie jetzt die Konferenzfrage liegt — der Deutsche Bund sich der Beschickung der Konferenz nicht entziehen dürfe. Wäre für dieselbe etwa, wie früher zu besorgen stand, eine präjudizirliche Voraussetzung wegen der Erbfolge- oder der Verfassungsfrage (wenn man diese noch trennen wollte) gemacht worden, so wäre die Antwort anders zu geben, weil alsdann seine Gegenwart trotz etwaigen Protestes als eine Zustimmung ausgelegt werden könnte. Nunmehr aber kann der Bund von vorn herein die Bedingungen aufstellen und aussprechen, unter denen er sich in London vertreten läßt und unter denen er ein Arrangement annimmt oder verwirft. Es versteht sich für unsere Auffassung, daß der Bund von vorn herein seinen Standpunkt auf der Konferenz klar mache. Die Gewißheit, sich in demselben — wenn auch nur im Allgemeinen vorläufig — nicht allein auf derselben zu wissen, ist ein kräftiges Motiv zur Beschickung, — und es ist bereits in der deutschen Presse die Schande hervorgehoben worden, welche es sein würde, den wesentlich richtigen Weg nur von einer fremden Regierung ver- und betreten zu sehen. Angenommen aber, daß dieser Weg nicht obsiege, so ist es höchst wichtig, daß der Bund an Ort und Stelle seinen Dissens gegen ungerechte Arrangements kund gebe und nicht etwa mit einem fernen Proteste vollzogener Thatsachen nachfolge.

Was nun die Bedingungen betrifft, unter denen der Bund an der Konferenz, und zwar ausgesprochener Maßen, sich betheiligen kann und soll, so haben wir dieselben bereits früher aus der Natur der Verhältnisse entwickelt, und wir dürfen uns auf eine gedrängte Rekapitulation beschränken.

Selbstverständlich ist zunächst, daß der Bund nicht zugeben kann, daß die europäische Konferenz auf das Gebiet seiner ausschließlichen Kompetenz übergreife, und daß er sich seine Entscheidung über die Anerkennung eines Herzogs von Holstein vorbehalten muß, falls sie nicht zuvor getroffen werden könnte.

Ueber die Nichtverbindlichkeit des Londoner Mai-Vertrags hat der Bund sich bereits ausgesprochen. Er hat in seinem Beschluß vom 25. Febr. als Grundsatz aufgestellt, daß derselbe für Beurtheilung der Erbfrage ohne Bedeutung ist. Da indeß von anderer Seite und namentlich durch die vermittelnde Macht die Neigung kundgegeben wird, jenen Vertrag und die mit ihm zusammenhängenden Abmachungen von 1851/52 als rechtsgiltige Norm festzuhalten, so ist die erste Bedingung des Bundes die: daß die Konferenz nicht von der Grundlage jener Verhandlungen und Vereinbarungen ausgehe. Die Einladung besagt freilich, daß die Konferenz vorerst eine programmlose sei; allein es handelt sich hier, zu verneinen, daß gewisse Punkte im Lauf der Verhandlung zum Programm gemacht werden können.

Eine zweite Bedingung des Bundes bezieht sich auf die erweiterte Zusammensetzung der Konferenz. England hat, neben dem Bunde, nur die Londoner Protokollstaaten dazu eingeladen. Hierin allein schon liegt eine Präjudizirung im Sinn der fortdauernden Geltung dieses bestrittenen diplomatischen Aktes, welche durch die Zuziehung anderer Staaten von europäischer Bedeutung ein Gegengewicht und ein Korrektiv erfordert.

Eine dritte Bedingung des Bundes ist die, für die Herzogthümer gleichfalls auf dem Kongreß eine Vertretung zu fordern. Die Herzogthümer, als die eine nächstbetheiligte Partei, haben auf eine direkte Geltendmachung ihrer Ansprüche und Wahrung ihrer Interessen eben so viel Recht, wie die andere. Nur die Voraussetzung der Validität des Londoner Vertrags könnte dieser einen Vorzug geben. Oesterreich und Preußen sind in ihrer Politik allerdings von einer solchen unglücklichen Voraussetzung ausgegangen und haben dieselbe deßhalb wesentlich auf Hinderung der Geltendmachung höherer Rechte gerichtet. Allein für den Bund sind diese höheren Rechte vorhanden und sie müssen es auch für die, angeblich oder wahrhaftig, ohne Basis verhandelnde Konferenz sein. Die Art der Vertretung stellen wir noch als offene Frage hin: mag sie durch den Herzog Friedrich, die Stände oder die Bevölkerung der Herzogthümer getroffen, oder mag der Bund ausdrücklich von ihnen als Mandatar bestellt werden, nachdem ihm schon durch seine Verfassung ein selbstverständliches Vertretungsrecht für Holstein zufällt.

Was die Schwierigkeiten betrifft, welche vorgeblich einer Entscheidung und einer darauf gegründeten diplomatischen Aktion des Bundes entgegenstehen sollen, so wären dieselben nur in dem Willen oder der Willenlosigkeit der Bundesregierungen, aber nicht in materiellen Dingen zu suchen. Wir glauben nun nicht an üblen Willen oder Mangel an gutem Willen in dem vorgeschützten Maße. Es erscheint uns vielmehr natürlich, daß die sich nunmehr manifestirende Thatsache, wie Oesterreich und Preußen dem Bunde die Entscheidung schließlich doch nicht über den Kopf wegzunehmen vermögen, einen wohlthätigen Einfluß auf die Willensdispositionen der deutschen Regierungen üben wird.

Es ist überdies nicht zu übersehen, daß die Theilnahme des Bundes an der Konferenz ihm einen formellen Beruf gibt, ein Urtheil über seine Forderungen, Konzessionen und Vorschläge sich zu bilden. Damit fallen die bisherigen Einreden und Einwände gegen die Beschlußfassung des Bundes über hiehergehörige Dinge. Die Aufgabe desselben, gegenüber der abwehrenden und übergreifenden Haltung der deutschen Großmächte, wird damit wesentlich erleichtert und die für die Instruirung eines Konferenzbevollmächtigten nöthigen Entschließungen des Bundes sind gleichsam schon der Ausfluß der bloßen Beschickung selbst.

Der Annahme, daß Oesterreich und Preußen den Bund mit vertreten könnten, steht schon die formelle Einladung an den Bund, daß er sich durch einen eigenen Gesandten vertreten lasse, und das von Frankreich und, dem Vernehmen nach, von Oesterreich und Preußen selbst gestellte Verlangen nach derartiger Vertretung entgegen. Materiell würde für obige Annahme selbstverständlich die Bedingung sein, daß die beiden Großmächte ihre gemeinsame Uebereinstimmung mit dem Bundeswillen dokumentirt hätten. So lang diese Bedingung nicht erfüllt wäre, würde dieser Modus der Vertretung noch größere Schwierigkeiten bieten, als irgend ein anderer.

Deutschland.

× **Frankfurt,** 31. März. Die Bundesversammlung hat heute wider Erwarten eine Sitzung gehalten, um einige laufende Geschäfte ohne politische Bedeutung in Verhandlung zu nehmen. Nach Entgegennahme verschiedener Berichte der Zivilkommissäre in Holstein erstatteten der Militärausschuß und die Reklamationskommission Vorträge.

Die in Hannover tagende Kommission zur Ausarbeitung einer deutschen Zivilprozeßordnung ließ den II. Theil ihrer Arbeiten, der über das ordentliche Verfahren in erster Instanz handelt, vorlegen. Unter den Vorträgen der Reklamationskommission befand sich eine Uebersicht der Arbeiten der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichte vom Jahr 1863.

München, 30. März. Heute Nachmittag sind von Wien über Salzburg kommend die Erzherzogin Sophie und der Erzherzog Ludwig Viktor von Oesterreich hier eingetroffen, um die königliche Familie zu kondoliren; sie werden deßhalb auch nur einen Tag in unserer Stadt verweilen. Gestern ist, um dem jungen König die Aufwartung zu machen, der Fürst von Leiningen hier angelangt.

München, 31. März. Das Gesammt-Staatsministerium bringt in der so eben erschienenen zweiten Nummer des Regierungsblattes vom heutigen Tage das folgende allerhöchste Handschreiben vom 30. d. zur allgemeinen Kenntniß:

In Demuth Mich beugend unter Gottes Hand bei dem herben Verlust, welcher durch den Tod Meines guten, theuern Vaters Mir und dem ganzen lieben Bayerlande bereitet wurde, finde Ich den schönsten irdischen Trost in den zahllosen Beweisen rührender Theilnahme, womit die Bewohner Münchens und, mit ihnen wetteifernd, die Bevölkerung des ganzen Landes vom ersten Augenblick der Erkrankung des höchstseligen Königs ihre treue Anhänglichkeit an den Verewigten bekundet haben. Ich erblicke darin einen neuen Beleg der alten bayrischen Treue zu dem angestammten Regentenhause, wovon unsere Geschichte auf jedem ihrer Blätter uns erzählt. Ich erkenne darin zugleich die sprechendste Mahnung, dem Höchstseligen nachzustreben in allen jenen Regententugenden, deren verfassungsmäßige Uebung Ihm die ungeheuchelte und ungetheilte Liebe des Landes gewonnen und bei seinem Tode ein ganzes treues Volk in gleicher Anhänglichkeit und Trauer um seinen Sarg vereinigt hat. Vor Allem aber drängt es Mich, Allen in Stadt und Land, die so liebevoll Mir tragen helfen, was Gottes Hand beschieden, Meinen Dank aus vollem Herzen auszusprechen. Ich beauftrage Mein Gesammt-Staatsministerium, diesen Meinen Empfindungen den entsprechenden öffentlichen Ausdruck zu geben. München, 30. März. Ludwig.

Wiesbaden, 30. März. (N. Wiesb. Ztg.) Der Herzog hat heute Vormittag um 11 Uhr die Ständeversammlung mit nachfolgender Rede vom Throne feierlich eröffnet:

Hoch-, Hochwohl- und Wohlgeborne, Hochgeehrte Herren, Veste, Liebe und Getreue! In Gemäßheit der verfassungsmäßigen Bestimmung hat nach Beendigung der letzten sechsjährigen Landtags-Periode eine Erneuerung der Stände und deren Einberufung stattgefunden. — Ich habe Sie bei mir versammelt, um Sie vor dem Beginn Ihrer Wirksamkeit zu begrüßen. — Es gereicht mir zur großen Genugthuung, den Wohlstand des Landes als befriedigend bezeichnen zu können, wovon die Hebung der Gewerbe, ungeachtet ungünstiger äußerer Verhältnisse, und die fortschreitende Entwicklung der Landwirthschaft Zeugniß geben. — Diese glücklichen Zustände und die begründete Erwartung, daß das Erträgniß der neuen Eisenbahnen, welches im verwichenen Jahr schon zufriedenstellend gewesen ist, durch erfahrungsgemäß zunehmende Frequenz und durch die in Kürze eintretende Verbindung mit der linksrheinischen Eisenbahn sich erheblich steigern werden, berechtigen zu der Hoffnung der schon in den nächsten Jahren verminderten Geldaufwendung in Folge des Eisenbahn-Baues, so daß hierdurch die Mittel zu andern Einrichtungen und Verbesserungen gefunden werden können. — Mein Bestreben ist unausgesetzt dahin gerichtet, daß dem Lande die Segnungen des Zollvereins erhalten werden. Die Verhandlungen, welche zum Zweck der Erneuerung der Vereinsverträge dermalen im Gang sind, haben zwar bis jetzt zu einer Beseitigung der obwaltenden Schwierigkeiten noch nicht geführt; indessen hat es meine Regierung an Bemühungen nicht fehlen lassen, um eine allseitige Verständigung zu fördern, und ich überlasse mich der Hoffnung, es werde der Zollverein neu gekräftigt auf Grundlage eines verbesserten Tarifs und mit erleichterten Verkehrsbeziehungen aus den Verhandlungen hervorgehen. Auch scheint in der neuesten Zeit eine günstigere Wendung eintreten zu wollen. — Ich habe Anordnungen wegen Regulirung der Postverhältnisse getroffen, wonach ich erwarte, daß die Ihnen zugesicherte Vorlage noch während der diesjährigen Sitzungsperiode erfolgen kann. — Die politische Lage, welche einen Theil der Armee des Deutschen Bundes bereits in Bewegung gesetzt hat, legt meiner Regierung die Pflicht auf, die Möglichkeit einer Versetzung meiner Truppen auf den Kriegsfuß in's Auge zu fassen. Ich habe zu dem Ende die sonst regelmäßig zu Anfang April jeden Jahres eintretenden Verabschiedungen und Entlassungen vorläufig sistiren lassen und angeordnet, daß Ihnen darüber, zum Zweck der Einholung Ihrer Zustimmung, Vorlage gemacht werde. — Der Landesexigenz-Etat wird Ihnen zur Prüfung und Festsetzung vorgelegt werden. Sie werden daraus entnehmen, daß ausreichendere Verwendung für den Straßenbau vorgesehen ist. — Ungeachtet des sehr gesteigerten Beitrags zu den Bundeskosten wird es zulässig sein, die Steueranforderung zu vermindern und auf 5 Simpel herabzusetzen. — Erfüllt von dem regen landesväterlichen Wunsch, das Wohl des mir von Gott anvertrauten Landes zu fördern, wobei er mir auch fernerhin seinen gnädigen Schutz verleihen wolle, spreche ich die Hoffnung aus, daß Sie es als Ihre Aufgabe ansehen möchten, mich in meinem Bestreben zu unterstützen.

Hierauf wurde von dem herzogl. Staatsminister die eidliche Verpflichtung der Mitglieder der Ständeversammlung vorgenommen. — Von den standesherrlichen und erblichen Mitgliedern der Ersten Kammer haben folgende zu Stellvertretern ernannt: Graf Erwein von Schönborn-Wiesentheid den Regierungsrath v. Trapp, die Gräfin von Neu-Leiningen-Westerburg den Kriminalrichter Emmerich, Frhr. Wilhelm v. Dungern den Hofgerichts-Rath v. Rößler, und Frhr. v. Schütz zu Holzhausen den Oberappellationsgerichts-Prokurator Dr. Großmann. Noch nicht vertreten sind bis jetzt der Erzherzog Stephan von Oesterreich, die Fürstin zu Wied und die Gräfin von Kielmannsegge. Auch der Bischof von Limburg hat noch keinen Stellvertreter entsendet.

Kassel, 30. März. (Fr. J.) Unser Landtag ist nach dreimonatlicher Vertagung auf heute wieder einberufen und wird morgen seine erste öffentliche Sitzung halten. Die ritterschaftlichen Abgeordneten scheinen diesmal den Berathungen vollzählig anwohnen zu wollen.

Kiel, 26. März. (Nat.-Ztg.) Vor einigen Tagen las man in den Blättern, der Fürst von Hohenlohe sei nach den Herzogthümern gegangen, um den Herzog Friedrich im Auftrag der preußischen Regierung aufzufordern, sich aus Kiel und aus Holstein überhaupt zu entfernen. Bestem Vernehmen zufolge ist dies völlig unbegründet; es ist eine solche Aufforderung an den Herzog weder durch den Fürsten noch durch Jemand anders hieher gelangt. Uebrigens würde der Herzog nur durch Anwendung von militärischer Gewalt dazu vermocht werden können, das Land zu verlassen.

Kiel, 29. März. Heute traf hier von der Insel Fehmarn eine große Deputation beim Herzog Friedrich ein.

Rendsburg, 29. März. (H. Bh.) Die Delegirten der schleswig-holsteinischen Vereine, welche aus allen Theilen der Herzogthümer in einer Anzahl von ungefähr 150 Mann zusammengekommen waren und zum Mittag im Lokal der Harmonie heute hier tagten, haben nach lebhafter Debatte und mehrseitigen Besprechungen in der Hauptsache folgende Resolution angenommen:

Angesichts der Konferenzen und der bedrohlichen Lage des Landes erklären die versammelten Delegirten der schleswig-holsteinischen Vereine des Landes: Die souveränen Herzogthümer Schleswig-Holstein haben das Recht — eng mit einander verbunden — von Dänemark vollständig getrennt, unter ihrem eigenen Fürsten Friedrich VIII. zu leben. Jede Entscheidung, die wider den Willen unseres Volkes über unser Schicksal getroffen wird, jede Uebereinkunft fremder Mächte, die das Recht Preis gibt, ist null und nichtig, ist eine rechtlose Gewaltthat und zugleich ein Verrath an der Ehre Deutschlands. Festhaltend an unserm Recht, werden wir solcher Gewalt den äußersten Widerstand entgegensetzen.

Diese Resolution wird in deutscher, französischer und englischer Sprache gedruckt und in die Welt gebracht werden.

Morgen früh verläßt uns die größere Hälfte unserer sächsischen Besatzung, ein Bataillon Infanterie und eine Batterie, um nach der Ostküste — Heiligenhafen — zu gehen. Man will wissen, daß ein schlesisches immobiles Regiment als Ersatz einrücken wird.

Gravenstein, 29. März, Abends. (N. Pr. Ztg.) Aus der Gefechtslinie heute nicht Neues. Die Truppen des Vorpostendienstes, die gestern im Gefecht waren, sind heute zurückgezogen worden und wurden am Abend mit klingendem Spiel eingeholt. An ihre Stelle sind die Garden getreten. Heute Mittag sind im Orte mehrere ehemalige dänische Beamte verhaftet worden, denen man nicht traute. Der Pastor Schleppegrell in Broacker, der bereits einmal verhaftet war, aber wieder freigegeben wurde, ist plötzlich verschwunden. Als man seine Papiere in Beschlag nahm, fand man nur unbezahlte Rechnungen, welche die fünf Töchter zur Bezahlung empfahlen. Trotz der Verluste ist der Zweck des Angriffs erreicht: unsere Vorposten haben die früher von den Dänen innegehabte Position, die ihnen bestimmt war, eingenommen. Nach den Berichten aus den Strandbatterien beschoß am Montag bei dem Gefecht die Batterie Nr. 1 das Fort Nr. 2 so glücklich, daß dasselbe gegen 2 Uhr sein Feuer einstellen mußte. Blockhaus und Scharten wurden mehrfach getroffen, 1 Mann in der Batterie todt, 1 leicht verwundet. Das Feuer der Batterien richtete sich von Tagesanbruch an gegen die Forts 1, 2 und 4. Gegen den „Rolf Krake" wurden von der Batterie auf 1000 und dann auf 800 Schritt 7 Granat- und 2 Vollschüsse gegeben, von denen 3 trafen. Die Feldzeugmeister-Batterie schoß auf 2000 Schritt 4 Granaten, bis 3000 Schritt 20 Vollkugeln, von denen 2 an dem Panzer zersprangen. Auch die Batterie Nr. 3 gab ihm auf 1500 Schritt 1 Granate und etwa 6 Vollkugeln. In den Strandbatterien konnte man heute von Sonderburg her große Musik und allerlei Jubel hören. Der Grund ist unbekannt.

Flensburg, 27. März. (Nat.-Ztg.) Ein Zirkular des Dr. med. Janßen in Hadersleben kündigt an, daß das in dänischer Sprache redigirte Organ der Landespartei, die „Nordslesvigs Tidende", binnen kurzem erscheinen wird. Dr. Janßen nimmt als Herausgeber und Redakteur für das neue Unternehmen die Unterstützung des „patriotischen Publikums" in Anspruch.

Kolding, 26. März. (Schlesw.-Holst. Ztg.) Vor Fridericia ist in den letzten Tagen nichts vorgefallen. Die österreichischen Truppen, welche vor Fridericia bivouakirt haben, sind nach den zunächst gelegenen Dörfern zurückgegangen und haben dort Kantonnements bezogen. Bei Bredstrup ist die Hauptmacht konzentrirt. — Zug auf Zug marschiren die preußischen Garden hier durch, bestaubt und beschmutzt, doch trotz des sechsstündigen Marsches noch im kräftigen Schritt und in bester Laune. Die gesammte Kavallerie bleibt in Jütland, da man keine Verwendung hat und sie hier auf Feindes Kosten erhalten wird, dieselbe auch zur Eintreibung der ausgeschriebenen Lieferungen nothwendig sein dürfte. — Am Montag Morgen werden die Garden vor Düppel eintreffen.

◆ **Berlin,** 31. März. Gutem Vernehmen nach sind gegenwärtig zwischen Preußen und Oesterreich Unterhandlungen über das Zusammenwirken beider Mächte auf der bevorstehenden Konferenz im Gange. Zugleich handelt es sich dabei um die Anbahnung eines Einverständnisses mit den übrigen Bundesgliedern. — Der „N. Pr. Ztg." zufolge sind die preußischen Kreuzer angewiesen, alle neutralen Handelsschiffe, welchen sie auf See begegnen, anzuhalten und denselben zu eröffnen, daß die Häfen Cammin, Swinemünde, Wolgast, Greifswald, Stralsund, Barth nicht blokirt sind. — Gestern Abend ist Ihre Maj. die Königin von Sachsen zum Besuch der Königin-Wittwe hier eingetroffen. — Der Minister des Innern, Graf Eulenburg, ist heute nach Posen abgereist. Wie verlautet, steht diese Reise des Ministers mit den Sicherheits- und Ordnungsvorkehrungen in der Provinz Posen im Zusammenhang.

Berlin, 31. März. Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt heute:

Der bedeutende Verlust, mit welchem die beiden braven Regimenter der Brigade Raven einen abermaligen Sieg über die Dänen erkauften, beweist uns, daß die Belagerung in eine Phase getreten ist, wo jedes Zögern im energischen Fortführen des Angriffs eben so viel Blut kostet, als dieser Angriff selbst, und es läßt sich daher mit Sicherheit annehmen, daß die Belagerungsarbeiten in einer Weise fortgeführt werden müssen, die uns rasch der Entscheidung entgegenführt. Jeder Mensch aber wird begreifen, daß es ein großer Unterschied ist, ob Dänemark als Feind, der noch das Feld hält, oder als Besiegter auf der Konferenz erscheint. Um so seltsamer ist es, wenn sich das Wiener „Vaterland" bereits von Berlin aus den Inhalt des angeblichen Entwurfs einer offiziellen Denkschrift machen läßt, in welcher die „Ansicht Preußens über die künftig in den Herzogthümern Schleswig-Holstein nothwendig werdenden Einrichtungen präzisirt" sein soll. Wie wir hören, existirt ein derartiger „Entwurf" gar nicht, und der vermeintliche Inhalt desselben ist also erdichtet.

Wien, 30. März. Der „Prag. Ztg." wird telegraphirt: Eine österreichisch-preußische Note empfiehlt den deutschen Bundesregierungen dringend die Annahme des englischen Konferenzvorschlags durch den Bund.

* **Wien,** 31. März. Die offiziöse „Wien. Abendpost" bringt folgende Bemerkungen:

Es ist zur Genüge bekannt, wie geschickt gewisse Blätter auch anscheinend unverfängliche Mittel zu ihren Zwecken anzuwenden verstehen. So konnte man in mehreren Zeitungen folgende, einer Depesche Lord Bloomfield's vom 10. Dezember 1863 aus dem englischen Blaubuche entnommene Worte des Hrn. Grafen von Rechberg mit gesperrten Lettern gedruckt lesen: „er" — der kaiserliche Minister — „könne für die Disziplin der österreichischen Truppen einstehen, er hoffe ein Gleiches von den preußischen, nicht aber könne er Gleiches von den sächsischen und hannoverschen sagen". — Jedermann weiß, wie leicht Worte, aus ihrem Zusammenhang gerissen, mißverstanden und verdreht werden können, und die Tendenz, in welcher jene Zeitungen die fraglichen Worte mit Ostentation bemerklich machten, ist sehr durchsichtig. Wir aber glauben die persönlichen Ansichten des Hrn. Grafen von Rechberg, sowie die Meinung derjenigen österreichischen Militärs, welche jetzt Gelegenheit hatten, mit ihren Kameraden von der sächsischen und der hannoverschen Armee zu verkehren, zu gut zu kennen, um nicht zu wissen, daß man der militärischen Ehre und Disziplin jener beiden trefflichen Truppen von keiner Seite zu nahe treten würde.

Das „Fremdenblatt" bringt folgende Mittheilung: „Der Flügeladjutant des Kaisers der Franzosen, Divisionsgeneral Frossard, ist gestern Morgens hier angekommen. Er ist der Ueberbringer eines eigenhändigen Schreibens Kaiser Napoleon's an den Erzherzog Max. Der General ward von Sr. Maj. dem Kaiser in besonderer Audienz empfangen und heute Abends mit dem hier weilenden französischen General Morin zur kaiserl. Tafel geladen. General Frossard begibt sich morgen früh nach Miramar. Wie heute Abends in gut unterrichteten Kreisen erzählt wurde, lauten die letzten Nachrichten aus Miramar dahin, daß alle bisher bestandenen Differenzen gelöst sind."

Italien.

Turin, 28. März. (Köln. Ztg.) Heute bin ich in den Stand gesetzt, Ihnen einiges Näheres über die Begleiter Garibaldi's auf der Reise nach London mitzutheilen. Die kleine Gesellschaft besteht aus den beiden Söhnen des „Eremiten", einem Engländer Namens Chambers, zweien ehemaligen Redakteuren eines in Nizza erscheinenden italienischen freisinnigen Blattes, den Herren Basile Paltriniori, dem Sekretär und besondern Vertrauten des Diktators, Basso, dem Herrn Sancai-Leonard und dem noch sehr jugendlichen Joseph Guerzoni aus Brescia, der vorher Sekretär beim Abgeordneten Depretis gewesen war. Mehrere der intimsten Freunde des Generals, unter ihnen der bekannte Oberst Corte, sind von Turin nach London gereist, um dort mit Garibaldi zusammenzutreffen. Es kann, wenigstens nach den Aeußerungen von Leuten, die Garibaldi sehr nahe stehen, angenommen werden, daß zwischen ihm und Mazzini keinerlei innige Beziehungen bestehen, während es keinem Menschen einfällt, die vollständige Uebereinstimmung abzuläugnen, die zwischen Kossuth, Türr und Klapka einerseits und Garibaldi andererseits existirt. — Man fängt an, mit größerer Bestimmtheit von einem Anlehen zu sprechen, das für die Zwecke der Befreiung Roms und Venetiens durch Garibaldi in England nogoziirt werden soll. — Baron Ricasoli, nach seinen Besitzungen im Toskanischen zurückgekehrt, ist dort plötzlich gefährlich erkrankt. Sein Zustand soll große Besorgnisse einflößen.

Frankreich.

♁ **Paris,** 31. März. Aus Wien meldet man die Ankunft des Generals Frossard, Adjutanten des Kaisers Napoleon. Man bringt seine Reise mit den neuerlich entstandenen Schwierigkeiten bezüglich der Annahme der mexikanischen Krone Seitens des Erzherzogs Max in Zusammenhang. — Den Abgeordneten des Gesetzgeb. Körpers wurde der Gesetzentwurf wegen definitiver Regelung des Budgets von 1862 vertheilt. Nach diesem Aktenstück belaufen sich die Supplementarkredite für die genannte Periode auf nicht weniger als 288,660,284 Fr. In Folge der Mehreinnahmen im Jahr 1863 und theilweise wieder annullirter Kredite wurde diese Summe auf 34,953,625 Fr. reduzirt und diese endgiltige Zahl der schwebenden Schuld einverleibt. — Dem in der gestern stattgehabten Generalversammlung der Pariser Omnibusgesellschaft verlesenen Bericht entnehme ich folgende interessante Details: Die genannte Gesellschaft hat 6881 Pferde in ihren Ställen. Während des Jahres 1863 legten die 585 Omnibuse, welche täglich die verschiedenen Linien befuhren, eine Wegstrecke von 20,340,961 Kilom. zurück, auf welcher sie 89,685,284 Personen beförderten. — Seit dem Tode des Malers Flandrin ist sein berühmter Kollege Ingres untröstlich. Hr. Clessinger wird in der nächsten Ausstellung eine Büste seiner Schwiegermutter, George Sand, und einen Cäsar, den Rubicon überschreitend, ausstellen. — Die Börse war hauptsächlich mit der Prämienbeantwortung beschäftigt. Rente bleibt unverändert 66.85. Cred. Mob. stieg um 10 Fr. auf 1052.50. Ital. Anl. 67.75. — Die Rothschild-Talabot'sche Gesellschaft ist seit gestern definitiv genehmigt.

Dänemark.

Kopenhagen, 29. März. Vom dänischen Kriegs-

ministerium wird Folgendes über das Gefecht vom 28. veröffentlicht:

Verlust folgender: Offiziere. Oberleutnant Secher und Unterleutnant Dicmeiß vom 2. Regiment, Oberleutnant Petersen vom 10. und Unterleutnant Benzon vom 16. Regiment todt. Oberleutnant Hammelev und Unterleutnant Goldstadt vom 10. Regiment weniger leicht, Kapitän Roß vom 2. Regiment leicht verwundet; Oberst Harbon für kurze Zeit durch eine von einer matten Kugel erhaltene Kontusion. Unteroffiziere und Gemeine. 30 Todte und 108 Verwundete. 4 feindliche Offiziere (3 verwundete) und 27 Unteroffiziere und Gemeine sind zu Gefangenen gemacht; unter einer von 11 bis 1 Uhr zugestandenen Waffenruhe brachte der Feind manche Todte und Verwundete fort, sein Verlust kann nicht unbedeutend gewesen sein. Der Angriff geschah mit ungefähr 6000 Mann, hinter welchen bedeutende Reserven sich bereit hielten, aber nicht in's Feuer geführt wurden. Die Absicht soll besonders gewesen sein, eine Parallele mit der Linie unserer Schanzen so nahe als möglich zu legen. Als das Gefecht nachließ, nahm die Beschießung von den Broacker-Batterien an Kraft zu.

Das dänische Marineministerium hat am 28. März, Mittags 12 Uhr, Folgendes bekannt gemacht:

In dieser Nacht, 3 Uhr, begannen die feindlichen Batterien die Düppeler Schanzen zu beschießen; „Rolf Krake" lichtete, näherte sich Wenningbund und lief beim Anbruch des Tages in die Bucht ein, woselbst er von den feindlichen Batterien am Broacker Strande scharf beschossen ward. Nachdem er sich zwei Stunden in der Bucht gehalten und die feindlichen Truppen mit Granaten beschossen hatte, verließ er, da der Feind sich zurückzog, die Stellung. Die Batterie hat keinen sonderlichen Schaden gelitten. Es hat dieselbe, nach den Aeußerungen des Oberkommando's, vorzügliche Wirkung geleistet.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 25. März. (T. N.) In der Kammersitzung ist das neue Strafgesetz mit allen gegen sechs Stimmen angenommen worden. Nach demselben ist sowohl die Todesstrafe als die körperliche Züchtigung abgeschafft; auch das Gesetz über den öffentlichen Unterricht beendet.

Malta.

— Ein Schreiben aus Malta vom 20. d. meldet der „Generalkorr.", daß dort viele ungarische, polnische und italienische Flüchtlinge aus England eingetroffen seien, welche in der Erwartung einer Garibaldi'schen Expedition sich derselben anschließen wollen.

Großbritannien.

***London,** 30. März. Bei der hier herrschenden Parteilichkeit für Dänemark wird es Niemand Wunder nehmen, daß man das am 28. März stattgehabte Gefecht bei Düppel fast allgemein als eine entschiedene preußische Niederlage — oder Schlappe — wie die Vorsichtigern sagen — betrachtet und den Dänen dazu Glück wünscht. Auf das Kopenhagener und auf das Sonderburger Telegramm ist zwar ein anders klingendes aus Gravenstein gefolgt, aber mehrere Blätter bemerken ausdrücklich, daß man den dänischen, nicht aber den preußischen Darstellungen glauben könne. Warum sollte der Wunsch nicht Vater des Gedankens sein? — In ihrem heutigen Artikel, der nebenbei wieder die Trefflichkeit der preußischen Artillerie anerkennt und auf das Zündnadelgewehr begehrliche Blicke wirft, sagt die „Times" u. A.:

Obgleich wir mit den tapfern Kraftanstrengungen der Dänen nicht anders als sympathisiren können, wollen wir uns über diese Schlappe der preußischen Waffen nicht gerade freuen, und wir würden das Ereigniß bedauern, wenn sich herausstellen sollte, daß es dazu gedient hat, den Gang der Unterhandlungen, die in kurzem eröffnet werden sollen, aufzuhalten. Am 12. April sollen die Konferenzen beginnen, und zwar auf der Basis der Integrität der dänischen Monarchie (!). Es wäre gewiß voreilig, die Schwierigkeiten der Frage für bereits überwunden zu halten; aber wenn wir nur auf das in den letzten vier Monaten Durchgesetzte zurückblicken, so dürfen wir billiger Weise einen ehrenvollen und friedlichen Ausgang hoffen. Es macht sicherlich der englischen Ausdauer nicht wenig Ehre, daß unsere Regierung, Angesichts des Enthusiasmus von 40 Millionen Menschen und des wirklichen oder affektirten Patriotismus der deutschen Höfe, doch im Stande gewesen ist, ohne Waffengewalt die Angreifer zur Vernunft zu bringen. Dies hätte allerdings nicht geschehen können, wenn das Recht nicht klar auf unserer Seite gewesen wäre (!). Es ist Grund zu hoffen, daß der Bundestag nicht so hartnäckig sein wird, die Beschickung der Konferenz zu verweigern. Sind diese Präliminarien einmal geordnet, so kann die Unterhandlung mit guter Aussicht auf Erfolg vor sich gehen; denn sobald das Prinzip der Integrität des Königreichs anerkannt ist, wird es nichts als Verwaltungsfragen zu lösen geben.

Gestern — sagt der „Herald" — wurde im auswärtigen Amt das Protokoll unterzeichnet, welches der englischen Schirmherrschaft über die Jonischen Inseln ein Ende macht. Unmittelbar darauf unterzeichneten Lord Russell und Hr. Trikupi, der griechische Geschäftsträger, ein anderes Schriftstück, welches jonischen und anderen, um die Sieben Inseln verdienten Unterthanen Pensionen ausbedingt.

Amerika.

* **Neu-York,** 19. März. (Per „City of New-York".) General Grant hat den Oberbefehl über die Armeen der Verein. Staaten offiziell übernommen und angekündigt, daß er sein Hauptquartier im Felde bei der Potomacarmee nehmen werde. Wie es heißt, würde er in Virginien eine gewaltige Streitmacht konzentriren, um Richmond anzugreifen; und die Südstaatlichen hätten in Nordkarolina ein großes Observationskorps zusammengezogen, um den südlichen Lauf des Jamesflusses, welchen sie von Grant bedroht glaubten, zu überwachen. Ein anderes Gerücht besagt, der südstaatliche Reitergeneral Stuart habe mit 5000 Mann den Rappahannock überschritten und bedrohe bei Fredericksburg die Kommunikationslinie der Potomacarmee. Sherman ist in Nashville angekommen, um das Kommando der frühern Grant'schen Armee zu übernehmen. Seine amtlichen Depeschen bestätigen das Fehlschlagen seiner Mississippi-Expedition. In Vicksburg schiffen sich Truppen ein, die bestimmt sind, mit Banks am Red River zu kooperiren. Ein weißes und zwei farbige Regimenter, welche kürzlich Yazoo City besetzt hatten, sind in feindliche Gefangenschaft gerathen. Die Südstaatlichen in Nordgeorgien sind anscheinend im Begriff, die Offensive zu ergreifen. Johnston hat eine bedeutende kombinirte Abtheilung Kavallerie, Infanterie und Artillerie bis nach Taylor's Ridge bei Ringgold vorgeschoben. — In Arkansas sind die Wahlen im republikanischen Sinn ausgefallen. — In einem großen Demokratenmeeting ist M'Clellan für die nächste Präsidentenwahl aufgestellt worden. Ein anderes großes Meeting hat den General Fremont zu wählen beschlossen; die Redner gehörten zur abolitionistischen Partei und äußerten sich unter Anderm auch scharf gegen die (von Banks in Neu-Orleans versuchte) Einführung einer Art Leibeigenschaft, die den Arbeiter an die Scholle fessele.

Badischer Landtag.

†† Karlsruhe, 31. März. 25. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt. (Schluß.)

Auf der Tagesordnung steht weiter der Bericht des Abg. Heidenreich über das Budget des großh. Finanzministeriums für 1864 und 1865, Tit. VII — IX, Münzverwaltung, allgemeine Kassenverwaltung, eigentlicher Staatsaufwand.

Tit. VII. Münzverwaltung.

Abg. Frick stellt die Frage, ob die großh. Regierung nicht glaube, zur Herstellung der Münzen sich der Privatindustrie bedienen zu sollen, da dadurch die Kosten verringert würden.

Staatsrath Vogelmann: Die vom Vorredner aufgestellte Berechnung sei nicht richtig, deßhalb sei von finanzieller Seite die Frage lediglich mit Nein zu beantworten.

Abg. Lenz berührt die Einziehung der Scheidemünze in Folge des Münzvertrags vom 7. Aug. 1858, wodurch, wie auch der Kommissionsbericht bemerkt, die Befürchtung eines eintretenden Mangels an Scheidemünze nahe gerückt werde.

Staatsrath Vogelmann: Daß ein Ueberfluß an Scheidemünze vorhanden war, zeigte sich aus dem Umlauf von Scheidemünzrollen, sowie durch statistische Nachweisungen; deßhalb haben sich die süddeutschen Regierungen im Jahr 1858 dahin geeinigt, jährlich 400,000 fl. Scheidemünze einzuziehen, auf den Kopf nicht einmal ¼ fl., während die auf den Kopf kommende Summe der Scheidemünze 3½ fl. beträgt. Diese genau vorher angestellten Berechnungen werden die Befürchtungen zerstreuen, als könne ein Mangel an Scheidemünze eintreten.

Der Kommissionsantrag, die Einnahme der Münzverwaltung für 1864 und 1865 mit jährlich 653,888 fl. und die Ausgabe mit 687,965 fl. zu genehmigen, wird angenommen.

Tit. VIII. Allgemeine Kassenverwaltung. §. 8. Ersatz der Post- und Eisenbahn-Betriebsverwaltung an Pensionen 22,792 fl., welche Position hier zum ersten Mal als eine von der übrigen Finanzverwaltung getrennte erscheint, gibt zu einigen kurzen Bemerkungen der Abgg. Kirsner, Gerwig und des Staatsraths Vogelmann Anlaß.

§. 13. Verschiedene und zufällige Einnahmen 6,627 fl.

Da hier seit dem Jahr 1860 auch der früher auf dem außerordentlichen Etat verrechnete Schadensersatz aus Hochverrathsprozessen vereinnahmt wird, so glaubt die Kommission den Wunsch aussprechen zu sollen, die ertheilte Amnestie, die allenthalben mit Freude begrüßt wurde, möchte auch das Verschwinden dieses Postens aus den Einnahmen der Staatsrechnung zur Folge haben.

Abg. Gerwig beantragt, daß dieser Wunsch der Kommission zu Protokoll erklärt werde, und derartige Forderungen nicht mehr geltend gemacht werden mögen.

Staatsrath Vogelmann: Es ist überhaupt nur noch ein einziger Posten von 1200 fl. im Rückstand, über den beim Oberhofgericht ein Prozeß schwebt. Sonst ist Soll und Haben vollständig ausgeglichen.

Abg. Moll bemerkt, prinzipiell sei der Wunsch der Kommission durchaus gerechtfertigt.

Abg. Kopfer unterstützt den Antrag des Abg. Gerwig von ganzem Herzen.

Abg. Prestinari macht darauf aufmerksam, daß noch weitere Rückstände von Flüchtlingen, die noch nicht zurückgekehrt sind, vorhanden.

Die Abgg. Moll, Kirsner und v. Feder unterstützen, mit Rücksicht auf diese Ausstände, den Antrag.

Abg. Walli weist darauf hin, daß ein Unterschied sei zwischen der sich auf die Strafe beziehenden Amnestie und der davon unabhängigen Entschädigungsforderung.

Abg. Prestinari ist nicht der Meinung des Vorredners. Gerade weil die Geldbuße weniger den Charakter einer Entschädigung als einer Strafe hat, falle sie ebenfalls unter die Amnestie.

Abg. Kusel ist damit einverstanden, mit der Beschränkung, daß, wenn Einer sich durch ein gemeines Verbrechen bereichert habe, die Ersatzforderung bestehen bleibe.

Der Antrag des Abg. Gerwig wird hierauf angenommen. Ebenso der Kommissionsantrag, die Einnahmen der allgemeinen Kassenverwaltung für 1864 mit 54,605 fl., für 1865 mit 54,009 fl.; die Ausgaben mit jährlich 49,410 fl. zu genehmigen.

Tit. IX. Eigentlicher Staatsaufwand des Finanzministeriums. Derselbe wird für 1864 mit 1,879,643 fl., für 1865 mit 1,856,616 fl. nach dem Kommissionsantrag genehmigt.

Schluß der Sitzung.

Baden.

Karlsruhe, 1. Apr. Das heute erschienene „Evang.-Prot. Verordn.-Bl." enthält I. Bekanntmachungen des Evang. Oberkirchenraths. Nach der ersten ist der Anfang der diesjährigen Frühjahrsprüfung der evangelischen Kandidaten der Theologie auf Montag 6. Juni d. J., Vormittags 8 Uhr, festgesetzt; der zweiten zufolge ist der frühere Kandidat Otto Ebert aus Mosbach nach Berathung mit dem Generalsynodalausschuß wieder unter die Pfarrkandidaten der evangelischen Landeskirche aufgenommen worden.

II. Diensterledigungen. Die evang. Pfarrei Steinen, Dekanats Lörrach, mit einem zu 1535 fl. berechneten Einkommen. Die evang. Pfarrei Wilferdingen, Dekanats Durlach, mit einem Einkommen von 1337 fl. Die evang. Pfarrei Leimen, Dekanats Oberheidelberg, mit einem zu 1105 fl. berechneten Einkommen. Die evang. Pfarrei Walldorf, Dekanats Oberheidelberg, mit einem zu 1086 fl. berechneten Einkommen. Die evang. Pfarrei Rüppurr, Landdekanats Karlsruhe, mit einem zu 832 fl. berechneten Einkommen. Die evang. Pfarrei Bofsheim, Dekanats Adelsheim, mit einem zu 780 fl. berechneten Einkommen.

III. Todesfälle. Gestorben ist: Am 26. Febr. d. J. der im Ruhestand befindliche Pfarrer G. H. Ziegler von Steinen; am 16. v. M. der im Ruhestand befindliche Pfarrer Brecht in Bammenthal; am 19. v. M. Pfarrer M. Schmidt in Grünwettersbach.

≌ Bruchsal, 31. März. (Schwurgericht.) Bei Verhandlung der Anklagesache gegen die ledige, 24 Jahre alte Dienstmagd Pauline Meckler von Rohrbach, großh. Bezirksamts Eppingen, wegen Kindsmords geschah es wieder, wie so häufig in diesen Fällen, daß die Gefühle der Zuhörer schwankten zwischen Abscheu vor dem Verbrechen und zwischen Mitleid mit der Thäterin, die in Noth, Jammer und Elend die schreckliche Handlung verübte und jetzt eine Beute der furchtbarsten Reue ist. Nicht ohne guten Grund hob aber Hr. Staatsanwalt Haaß in seiner mündlichen Anklagebegründung als Gegengewicht gegen dies natürliche Mitleid hervor, daß gerade das Verbrechen des Kindsmords in bedenklicher Zunahme begriffen sei.

Nach dem vorliegenden Geständniß und den andern Beweismitteln hat die Angeklagte am 22. Dez. v. J. im Straßengraben bei Odenheim ihr eben geborenes Kind vorsätzlich getödtet, indem sie mit ihren schweren Schuhen zweimal auf dessen Brust trat, bis es erstickt war.

Der Vertheidiger, Hr. Obergerichtsadvokat Strauß, machte mit viel Wärme für die Angeklagte geltend, daß sie nach den besonderen Umständen des Falles gänzlich oder doch nahezu unzurechnungsfähig gewesen sei. Die Geschwornen sprachen nach kurzer Berathung in der Hauptsache das Schuldig aus, verneinten die gänzliche Unzurechnungsfähigkeit, bejahten aber den Milderungsgrund der beschränkten Zurechnungsfähigkeit, worauf die Angeklagte vom Gerichtshof zu drei Jahren Zuchthaus verurtheilt wurde.

Nach Verkündung dieses Urtheils schloß der Schwurgerichts-Präsident, Hr. Hofgerichts-Rath Brauer, der auch diese Verhandlung geleitet hat, die Vierteljahrs-Sitzung mit einigen Abschiedsworten an die HH. Geschwornen.

Freiburg, 31. März. (Frbrgr. Ztg.) Dem Vernehmen nach soll hier am 13. April unter dem Vorsitz des Hrn. Domkapitulars Orbin eine Versammlung katholischer Geistlichen stattfinden, zu welcher von jedem Landkapitel wenigstens ein Vertreter abzuordnen ist, um über die vom kath. Klerus bezüglich der Schulreform zu beobachtende Haltung zu berathen.

Karlsruhe, 31. März. (Großh. Hoftheater.) Die laufende Woche brachte uns in Oper und Schauspiel Gastdarstellungen, auf welche gespannt zu sein man allen Grund hatte. Am Ostermontag trat Frau Viardot-Garcia als „Orpheus" in der gleichnamigen Gluck'schen Oper auf. Frau Viardot, eine Reihe von Jahren hindurch eine der ersten Zierden der Großen Oper in Paris und in nahezu allen Hauptstädten Europa's hochgefeiert, gilt längst als eine der ersten Sängerinnen unserer Zeit; ja, was höhere Gesangskunst anlangt, so genießt sie den Ruf, die meisten an schöpferischer Individualisirungs- und Gestaltungskraft, gleichsam an reproduktiver Genialität noch zu übertreffen. Dabei wurde zugleich stets ihre ernste und edle Geschmacksrichtung gerühmt, die am liebsten bei den großen, gediegenen und poetisch-tief angelegten Aufgaben verweile. Für Letzteres sprach u. A. auch die Thatsache, daß sie es war, die gerade diesen Gluck'schen „Orpheus" in Paris, wo er seit Menschenaltern vergessen war, vor nicht langer Zeit wieder in's Leben rief (sie sang denselben bekanntlich mit einem für den Pariser Geschmack überraschenden Erfolg im Theater lyrique).

Diese Eigenschaften bewährten sich bei ihrem hiesigen Auftreten in eminentem Grade. Der Orpheus der Frau Viardot war eine künstlerische Leistung ersten Rangs, durchweg den Eindruck hervorbringend, daß eine eminente dramatische Gesangskraft ein großartiges Tonwerk auf eben so großartige und dabei originell eigenthümliche Weise interpretirt. Mit der höchsten Gesangsvirtuosität verband sich der seelenvollste lyrische Ausdruck und mit der gewaltigsten Leidenschaft der weichste Ton zarter Empfindung. Hand in Hand damit ging eine vollendete Darstellung, deren Wirkung selbst auf die Szenerie in mehr als einem Fall erkennbar war. Gegen Einzelheiten in der Behandlung des musikalischen Theils ließen sich allerdings vom technischen Standpunkt vielleicht manche Bedenken erheben — wir erinnern beispielsweise nur an die große Cadenz am Schluß des ersten Aktes und an das Presto-Tempo bei der dritten Wiederholung des Hauptmotivs in der berühmten Arie „Ach, sie hat mich nun verlassen" —, wenn es solchen Kunstgrößen gegenüber nicht Aufgabe der Kritik wäre, lieber zu begreifen, als auszustellen, zumal gerade diese Eigenthümlichkeiten von durchgreifender Wirkung waren. Was die stimmlichen Mittel der berühmten Künstlerin betrifft, so sind diese immer noch sehr bedeutend, zumal in den tieferen Lagen, in denen sich die Rolle des Orpheus bewegt. Daß sie mit Beifall überschüttet wurde, brauchen wir kaum zu sagen. Eine reiche Garbe wurde mit Recht auch der Frau Boni (Euridice) zu Theil. Auf die weitern Gastspiele der Frau Viardot ist man allgemein sehr gespannt. Das Haus war bis in die letzten Räume gefüllt; auch aus der bayrischen Pfalz bis nach Neustadt und Dürkheim hin waren zahlreiche Besucher anwesend, die ein Extrazug auf der Winden-Karlsruher Bahn gebracht hatte.

Am Dienstag begann Hr. Christen vom k. Hoftheater in München einen Cyklus von Gastrollen, und zwar als Baron Ringelstern in Bauernfeld's „Bürgerlich und romantisch". Wir lernten in dem Gast einen sehr begabten Künstler kennen, der sich wenigstens in der konversativen Sphäre, in welcher das Stück spielt, mit der höchsten Routine und Sicherheit bewegt. Das Publikum ehrte seine Leistung durchweg mit großer Auszeichnung. Er wurde vortrefflich unterstützt durch das gesammte mitwirkende Personal, unter dem allerdings den Damen Schönfeldt und Christen und den HH. Morgenweg und O. Devrient der erste Preis gebührt. Sichtlich fühlte sich die Zuschauerschaft von der ganzen Vorstellung sehr angezogen und befriedigt.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

31. März.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	27" 9,10'''	+ 3,5	S.W.	ganz bew.	trb., R. m. Graup.
Mittags 2 „	„ 9,47'''	+ 9,0	„	stark „	„ kühl
Nachts 9 „	„ 9,47'''	+ 6,5	„	„ „	„ frisch

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 3. April. 2. Quartal. 45. Abonnementsvorstellung. **Götz von Berlichingen;** Schauspiel in 5 Akten, von Göthe.

Z.h.35. Radolfzell. Wir bringen hiemit unsern Verwandten und Bekannten die traurige Anzeige, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, nach einer schmerzhaften Krankheit in die Ewigkeit abzuberufen unsern lieben Gatten und Vater

Joh. Nepom. Miethinger, Hutmacher in Radolfzell,
geb. den 16. Oktober 1799,
gest. den 27. März 1864,

in einem Alter von 64 Jahren 5 Monaten und 10 Tagen.

Um stille Theilnahme bitten
Die Hinterbliebenen.

Z.h.32. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Vom 15. künftigen Monats an wird an Stelle der bestehenden Carriolpostverbindung zwischen Wolfach und Schapbach ein solche zwischen **Wolfach und Rippoldsau**, mit Abgang aus Wolfach um 10^{40} Vormitt. und Ankunft in Rippoldsau um 1 Nachmitt., und Rückfahrt von Rippoldsau um 5^{15} Abends und Rückkunft in Wolfach um 7^{10} Abends unterhalten werden.

Karlsruhe, den 29. März 1864.
Direktion der großh. bad. Verkehrs-Anstalten.
Zimmer.
Schädle.

Z.h.40. Nr. 1220. Mannheim.

Backmeisterstelle.

Es soll bei diesseitiger Strafanstalt ein Backmeister, mit einem Jahresgehalt von 400 fl., nebst Dienstkleidung im Anschlag zu 26 fl., freiem Dienstzimmer, Heizung und Beleuchtung eingestellt werden. Hiezu Lusttragende werden aufgefordert, sich längstens innerhalb 14 Tagen entweder mündlich oder schriftlich unter Vorlage ihrer Zeugnisse über Gewerbskenntnisse, bisherige Aufführung 2c. bei diesseitiger Verwaltung zu melden.

Mannheim, den 31. März 1864.
Großh. bad. Kreisgefängniß-Verwaltung.
Blenkner.

Z.h.30. Baden-Baden.

Für Techniker!

Bei der unterzeichneten Gesellschaft ist die Stelle eines Ingenieur-Assistenten zu vergeben. Junge Techniker, welche die polytechnische Schule absolvirt haben, und auf diese Stelle reflektiren, wollen ihr mit Zeugnissen und Probezeichnungen dokumentirtes Gesuch bis längstens 15. April bei der Direktion der Gesellschaft in Baden einreichen.

Bewerbern, die schon einige Zeit im Wasser- und Straßenbaufache praktizirt haben, wird der Vorzug eingeräumt.

Baden-Baden, den 1. April 1864.
Allgemeine Wasserversorgungs-Gesellschaft.

Z.h.22. Baden (Schweiz).

Lehrlingsstelle.

In einer Käse-Handlung en gros bei **F. J. Stigeler** in Baden (Schweiz) könnte ein gut geschulter Knabe, der eine schöne Schrift besitzt, unter günstigen Bedingungen als Lehrling eintreten, und nachher dauerhafte Anstellung daselbst als Reisender finden.

Konditorgehilfe,

ein angehender, welcher gute Zeugnisse aufzuweisen hat, sucht sofort als Volontär eine Stelle. Näheres ertheilt die Expedition dieses Blattes. Z.h.43.

Karlsruhe.

Z.f.984. Beschmuzte und alte

Oelgemälde

werden schön gereinigt und gefirnißt von

M. Maier,
Durlacherthorstraße Nr 65.

Z.h.37.

Pforzheim.

Eine Ladenlokalität mit Wohnung in günstigster Lage, für Mode- und Galanterie-Geschäfte sich besonders eignend, ist auf den ersten Oktober oder früher zu vermiethen. Auskunft auf frankirte Anfragen bei

Dillmann & Zerrenner.

Z.f.977. Nr. 69. Bruchsal.

Pferde-Versteigerung.

Am Dienstag den 5. April d. J., Vormittags 10 Uhr, werden vor den hiesigen Dragoner-Stallungen im Bauhof

31 Stück ausrangirte Militärpferde — theils Reitpferde, theils Zugpferde —

gegen Baarzahlung öffentlich versteigert.

Bruchsal, den 29. März 1864.
Verrechnung des großh. bad. (1.) Leib-Dragonerregiments.
Kamm.

Z.h.36. Durmersheim.

Holzversteigerung.

Die Gemeinde Durmersheim läßt bis Dienstag den 5. April d. J. in ihrem Hardwald in der Nähe der sogenannten Häfenstraße, Morgens halb 9 Uhr anfangend,

72 Klafter forlenes Scheiterholz

öffentlich versteigern.

Die Zusammenkunft ist am Platze selbst.

Durmersheim, den 31. März 1864.
Bürgermeisteramt.
Haitz.
vdt. Schlager, Rathschr.

Z.h.33. Nr. 771. Karlsruhe. (Steinkohlen-Lieferung.) Für die großh. Zeughaus-Werkanstalt sollen

400 Ztr. Ruhrer Schmiedgrießkohlen und
2000 Ztr. Saar-Grießkohlen

im Soumissionswege in Lieferung begeben werden.

Die Lieferungsbedingungen können von heute an bis zum 20. April d. J., Vormittags 9 Uhr, in diesseitigem Bureau eingesehen werden, bis zu welcher Stunde die Angebote auch versiegelt eingereicht sein müssen.

Karlsruhe, den 31. März 1864.
Der Zeughaus-Direktor.

HARMONIUM und PIANINO.

Z.h.29. Karlsruhe. Das Erstere von Palisanderholz, 14 Registern und mit Transposition versehen (12 mal), der Ton ist sehr rund und angenehm. Für jede Person, welche Klavier spielt, genügen wenige Stunden Uebung, um dieses Instrument spielen zu können. Es belieben sich die HH. Liebhaber in das **Gasthaus zur Stadt Pforzheim** zu wenden, wo dieses Harmonium, sowie das oben benannte Pianino Montag den 4. April, von 9 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends, zum Beschau und Verkauf ausgestellt sind. Der Verkäufer beider neuen Instrumente wird unfehlbar selbst da sein.

Nach New-York & Brasilien

unter neutraler Flagge.

Der Unterzeichnete expedirt jede Woche über **Antwerpen, Bremen, Havre & London**

per Segelschiff und Dampfschiff

Passagiere zu festen, aber billigen Preisen.

Mich. Wirsching

Z.f.898. und dessen bekannte Bezirksagenten.

Z.f.147. Jena.

Grossherz. Sächs. Lehranstalt für Landwirthe an der Universität Jena.

Die Vorlesungen für das Sommerhalbjahr 1864 beginnen

den 25. April 1864.

Auskunft ertheilt

Die Direktion
Dr. E. Stöckhardt.

Z.f.974. Nr. 2391. Lörrach.

Wiesenthal-Bahn.

Unterzeichnete Direktion wird künftigen Donnerstag den 7. April, von Vormittags 8 Uhr anfangend, im früheren Zollschuppen hinter der Kirche in Lörrach folgende überflüssige Inventarstücke einer öffentlichen Steigerung aussetzen:

Bureaurequisiten, Tische, Kasten, Reißbretter, Bleiwaagen u. s. w.,
1 Nivellirinstrument, ganz neu,
badische und deutsche Fahnen,
7 Stück zweiräderige Handkarren,
20 „ Schubkarren,
50 „ Pickel und Stockhauen,
12 „ eiserne Rechen, 34 Stück Schlägel und Hämmer, Spaten, Rasemesser, Klammern, Beile, Sägen, Ketten u. s. w.,
eichene und tannene Schwellen,
180 Stück Schienenabfälle, Ausweichungen, gußeiserne Laternenstöcke, Winkelträger, 5800 Schienenkloben, Mutterschrauben, Laschen, eine Bauhütte zum Schließen, nebst alten Flöcklingen,
4 Stück Material-Transportwagen,
40 „ Markstein.

Lörrach, den 26. März 1864.
Direktion der Wiesenthal-Bahn.

Z.g.156. Nr. 1943. Kenzingen.

Liegenschafts- und Fahrnißversteigerung.

Da bei der am 7. März d. J. abgehaltenen Liegenschaftsversteigerung aus der Verlassenschaft des Badwirths Mathias Zibold in der Kirnhalten nicht alle angebracht worden sind, so wird eine zweite Versteigerung am

Montag den 11. April d. J.,
Nachmittags 1 Uhr,

im Badhause zu Kirnhalten abgehalten, und werden zur Versteigerung gebracht:

1) Eine zweistöckige Behausung, das sogenannte Bad Kirnhalten, mit Scheuer, Stallung, gedeckter Kegelbahn und Zugehörde, nebst dem besonders stehenden Badhause, mit einer der auf diesem Wesen ruhenden Schildgerechtigkeit zum Kreuz, Kenzinger Gemarkung, und dem dabei befindlichen Garten, landauf Stadt Kenzingen, landab Gemeinschaftsgut, gegen Wald Stadtwald, um das Angebot von . . . 10,100 fl.
2) Von $1^1/_2$ Morgen Wiesen im Kirnhalterthal, Bleichheimer und Kenzinger Gemarkung, neben dem Weg und Miterben, vom Angebot von 800 fl. die Hälfte von . . . . . 400 fl.

Ebenso sind noch nicht alle Fahrnisse versteigert, und werden die noch übrigen Fahrnisse folgendermaßen versteigert, am

Dienstag den 12. April d. J.,
Vormittags 9 Uhr:
Wirthschafts- und Badeinrichtung, sowie Schreinerwerk;
am Mittwoch den 13. April d. J.,
Vormittags 9 Uhr:
Fortsetzung des Schreinerwerks und Weißzeug;
am Donnerstag den 14. April d. J.,
Vormittags 9 Uhr:
Küchengeschirr und die noch übrigen Fahrnisse.

Kenzingen, den 14. März 1864.
Großh. bad. Amtsrevisorat.
Glaßner.

Z.g.237. Nr. 4917. Bruchsal. (Aufforderung.) Bernhard Keßler von Odenheim, welcher sich nach Nordamerika begeben und schon mehr als 10 Jahre keine Nachricht von sich gegeben hat, wird aufgefordert, dies

binnen Jahresfrist

zu thun und über sein vorhandenes Vermögen zu verfügen, ansonst er für verschollen erklärt und dieses Vermögen seinen erbberechtigten Verwändten gegen Sicherheitsleistung in fürsorglichen Besitz ausgefolgt werden würde.

Bruchsal, den 24. März 1864.
Großh. bad. Oberamt.
Leiber.

Z.h.31. Nr. 3012. Kenzingen. (Auswanderung.) Johann Peter's Wittwe, Katharina, geborne Biehle, von Riegel ist Willens, nach Amerika auszuwandern. Etwaige Ansprüche an dieselbe sind in der Schuldenliquidations-Tagfahrt am

Samstag den 9. April d. J.,
früh 9 Uhr,

dahier geltend zu machen.

Kenzingen, den 26. März 1864.
Großh. bad. Bezirksamt.
Dilger.
vdt. C. Engler, A. j.

Z.g. 286. Billingen. (Erbvorladung.) Johann Friedrich Demmler, Sattler von Emmendingen, geboren den 27. März 1779, ist zur Erbschaft seines † Neffen, des Steuerperäquators Karl Pöge von Billingen, berufen.

Da dessen Aufenthaltsort unbekannt ist, so wird derselbe anmit aufgefordert, seine Erbansprüche

binnen drei Monaten

bei der unterzeichneten Theilungsbehörde anzumelden, widrigens die Erbschaft Jenen zugetheilt werden würde, welchen sie zukäme, wenn der Vorgeladene zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre.

Billingen, den 31. März 1864.
Großh. bad. Amtsrevisorat.
Schroth.
Wagner, Notar.

Z.g.282. Nr. 2318. Kenzingen. (Erbvorladung.) Franziska Ritter, Ehefrau des Johann Gerber von Forchheim, ist zur Erbschaft ihrer im Jahr 1858 daselbst verstorbenen Mutter, der Matthäus Ritter's Wittwe, Elisabetha, geb. Futter, berufen.

Da der Aufenthaltsort dieser im Jahr 1842 nach Amerika (Staat Venezuela) ausgewanderten Erbin unbekannt ist, so wird dieselbe andurch aufgefordert, sich

binnen 3 Monaten

zur Erbtheilung dahier zu melden, als sonst die Erbschaft lediglich Denjenigen würde zugetheilt werden, denen solche zukäme, wenn sie zur Zeit des Erbanfalls gar nicht mehr am Leben gewesen wäre.

Kenzingen, den 30. März 1864.
Großh. bad. Amtsrevisorat.
Glaßner.

Z.g.285. Nr. 1155. Achern. (Erbvorladung.) Katharina Großmann, Ehefrau des Schusters Alois Hauns, Leonhard und Andreas Hirschauer, sämmtlich von Großweier und seit längerer Zeit in Amerika, unbekannt wo, sind zur Erbschaft ihrer am 28. Dezember 1863 verstorbenen Mutter, Anselm Hirschauer's Wittwe, Maria Anna, geb. Kölmel, von Großweier berufen und werden hierdurch aufgefordert,

binnen 3 Monaten

ihre Erbansprüche dahier geltend zu machen, als sonst die Erbschaft lediglich Denjenigen zugetheilt würde, welchen sie zukäme, wenn sie, die Vorgeladenen, zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wären.

Achern, den 29. März 1864.
Großh. bad. Amtsrevisorat.
Höfer.

Z.g.279. Nr. 1216. Rheinbischofsheim. (Erbvorladung.) Der vermißte Philipp Friedrich Schneider, ehelicher Sohn des am 8. d. M. verstorbenen Schreiners Friedrich Schneider III. von hier, wird hiermit aufgefordert, seine Rechte auf den Nachlaß seines genannten Vaters

binnen drei Monaten

dahier geltend zu machen, widrigenfalls dieser Nachlaß lediglich Denjenigen würde zugetheilt werden, welchen er zukäme, wenn er, der Vorgeladene, zur Zeit der Erbschaftseröffnung nicht mehr gelebt hätte.

Rheinbischofsheim, den 29. März 1864.
Großh. bad. Amtsrevisorat.
Mayer.

Z.g.280. Nr. 4840. Pforzheim. (Oeffentliche Aufforderung.) Maurer Karl Katz von hier erhielt aus der Erbtheilung auf Ableben seiner Ehefrau das nachgenannte Grundstück:

1 Viertel Wiesen am Hegenach, neben Säger Katz Wittwe und Pflästerer Bauer Wittwe hier,

welches im Grundbuch nicht eingetragen ist und hinsichtlich dessen auch sonst keine Ansprüche Dritter bekannt sind.

Es werden nun auf Antrag des gegenwärtigen Besitzers alle Diejenigen, welche an dieses Grundstück dingliche Rechte oder lehenrechtliche oder fideikommissarische Ansprüche haben oder zu haben glauben, aufgefordert, solche

binnen zwei Monaten

dahier geltend zu machen, widrigenfalls diese Rechte und Ansprüche dem neuen Erwerber oder Unterpfandsgläubiger gegenüber verloren gehen würden.

Pforzheim, den 26. März 1864.
Großh. bad. Amtsgericht.
Dr. Gerstner.

Z.g.283. Nr. 4113. Säckingen. (Ausschlußerkenntniß.)

Die Gant gegen Müller Gustav Holtz von Niederschwörstadt betr.,

wird erkannt:

Diejenigen Gläubiger, die ihre Forderungen an die Gantmasse heute nicht angemeldet haben, werden hiermit von derselben ausgeschlossen.

V. R. W.

So geschehen Säckingen, am 23. März 1864.
Großh. bad. Amtsgericht.
Fischler.
Schorr.

Z.g.288. A.G.Nr. 4892. Bruchsal. (Aufforderung und Fahndung.) Rupert Heckert von Odenheim ist angeschuldigt, z. N. des Bürgermeisters Rudolf in Mingolsheim einen Betrug, im Betrag von 2 fl. 42 kr., verübt zu haben. Derselbe wird aufgefordert, sich

binnen 14 Tagen

dahier zu stellen, indem andernfalls nach Lage der Akten das Urtheil erlassen werden würde.

Zugleich ersucht man die betr. Behörden, auf Heckert fahnden und ihn im Betretungsfall anher abliefern zu lassen. Der Angezeigte ist klein von Statur, ziemlich mager, hat braune Haare, soll 52 Jahre alt sein; er war bekleidet mit einem Wamms und Hosen von schwarzem Tuch; der kleine Finger an der rechten Hand ist steif.

Bruchsal, den 30. März 1864.
Großh. bad. Amtsgericht.
Dr. Schütt.

Z.g.287. Nr. 6792. Pforzheim. (Aufgefundener Leichnam.) Am 18. März wurde in der Nähe des Dorfes Eutingen im Enzflusse die Leiche eines unbekannten jungen Mannes, mittlerer Größe, im Alter von beiläufig 26 Jahren, aufgefunden, welche nach dem Grade der vorgeschrittenen Verwesung bereits 8 Tage im Wasser gelegen sein mochte. Der Leichnam des Mannes, mit dichten braunen Haaren besetzt, mit einem Schnurrbärtchen, war bekleidet mit einer grau und blau gestreiften Blouse als Hemde, mit leinener Jacke, sogen. Turnjacke, leinenen Hosen, die um den Leib mit einem Stricke befestigt waren, und noch fast neuen kalbledernen Stiefeln.

Wir bitten um Anstellung von Nachforschungen über die persönlichen Verhältnisse dieses Verunglückten und um Mittheilung des Ergebnisses.

Pforzheim, den 31. März 1864.
Großh. bad. Amtsgericht.
Gärtner.

Frankfurt, 31. März 1864.

Staatspapiere.

		Per compt.			Per compt.
Oesterr.	5% Met. i. S. b. R.	— —	G.Hess.	$3^1/_2$% Obligation.	— —
„	5% do. in holl. St.	— —	Nassau	5% Oblig. b. Rth.	$101^3/_4$ P.
„	5% do. 1852 i. Lst.	$79^3/_4$ P.	„	$4^1/_2$% do.	$101^3/_4$ P.
„	5% do. 1859 „ „	$78^1/_4$ G.	„	4% do.	$99^1/_8$ P.
„	5% Lomb. i. S. b. R.	$91^1/_2$ P.	„	$3^1/_2$% do.	92 P.
„	5% Venet. C. b. R. $^6/_7$	— . —	Krhess.	4% Obl. Rthlr. à 105	$99^3/_4$ P.
„	5% Nat.-Anl. 1854	$66^3/_8$ G.	Brschw	$3^1/_2$% D. b. R. à 105	$91^1/_2$ P.
„	5% Met.-Obligat.	$59^3/_4$ G.	Lxbrg.	4% D. Fr. à 28 kr. b. C.	$90^1/_4$ G.
„	5% do. 1852 C. b. R.	$60^1/_4$ P.	„	4% do. à 105 fr. b. C.	$89^1/_4$ G.
„	$4^1/_2$% Met.-Oblig.	$52^1/_2$ b.	Frankf.	$3^1/_2$% Obligation.	99 P.
Preuß.	5% Oblig. b. Rth.	— —	„	3% do.	$92^1/_2$ P.
„	$4^1/_2$% do.	$99^7/_8$ P.	Rußld.	5% Obl. in L. à fl. 12	$86^1/_2$ G.
„	4% do.	$94^3/_4$ P.	Finnl.	$4^1/_2$% O. i. R. à 105	$86^3/_4$ P.
„	$3^1/_2$% Staatssch.	$89^3/_4$ P.	Span.	3% inl. Schuld	$49^3/_8$ G.
Bayern	$4^1/_2$% 1jährig	$101^1/_4$ P.	„	$2^1/_4$% Schuld	$46^5/_8$ P.
„	$4^1/_2$% $^1/_2$jährig	$101^3/_4$ G.	Belgien	$4^1/_2$% O. i. Fr. à 28 kr.	$100^1/_2$ G.
„	4% 1jährig	$99^3/_8$ G.	Italien	5% Rente Fr. à 28 kr.	— —
„	4% $^1/_2$jährig	$99^5/_8$ G.	Schwd.	$4^1/_2$% Obligation.	$94^1/_4$ bez.
„	4% Ablös.-Rente	100 P.	„	$4^1/_2$% Pfbf. b. B. & E.	$94^1/_4$ bez.
„	$3^1/_2$%	98 P.	Schwz.	$4^1/_2$% E. O. i. Fr. à 28	$100^3/_8$ G.
Wrtbg.	$4^1/_2$% Obl. b. Rth.	$104^3/_4$ G.	„	$4^1/_2$% Bern. St.-O.	$102^1/_2$ P.
„	4% do.	$102^3/_4$ P.	„	4% do.	— —
„	$3^1/_2$% do.	$95^3/_8$ P.	„	5% Gf. St. O. Fr. 28	$97^1/_4$ P.
Baden	4% Obligation.	$99^7/_8$ P.	N-Am.	6% St. i. D. à fl. 2.30	— —
„	$3^1/_2$% do. v. 1842	93 P.	„	6% do. r. 1882	$63^5/_8$ bez.
G.-Hess.	5% Obligation.	$101^1/_4$ P.	„	5% do. r. 1871	— —
„	4% do.	$99^1/_4$ P.	„	5% do. r. 1874	— —

Diverse Aktien, Eisenbahn-Aktien und Prioritäten.

3%	Frankfurter Bank	139 P.	4% Pfandbr. d. Frkf. Hyp.-B.	$96^5/_8$ P.
3%	Oesterr. Bank-Aktien	764 G.	3% Oest. St.-Eisenb.-Prior.	51 P.
5%	„ Cred. A. i. O. W.	$182^1/_2$ bG	3% Oest. Süd. St. u. Lom. EB.	50 G.
3%	Bayer. Bank à fl. 500	— —	5% Tosc. Centr. Eisnb. Prior.	$75^7/_8$ P.
4%	Darmst. B.-A. à fl. 250	218 b.	5% Elisabethbahn-Prior. $^6/_7$	$81^5/_8$ P.
4%	Weimar. Bank-Aktien	88 G.	5% do. neueste Emiss. $^6/_7$	$73^1/_2$ P.
4%	Mitteld. Cr.-A. à 100 Th.	$94^5/_8$ G.	5% Böh. W.-B. P. i. S. b. R. $^6/_7$	83 G.
4%	Luxemb. Bank-Aktien	— —	5% Galz. Carl Ldwb.-PrO. $^6/_7$	$84^1/_4$ P.
	Span. H. u. Ind. Fr. 500 à 28	— —	$4^1/_2$% Hess. Ldwigsb.-Prior.	101 P.
	Taunusbahn-Akt. à fl. 250	327 G.	5% Oest. Lld. 1. Pr.-O. i. Silb.	— —
	$3^1/_2$% Frankf. Han. Esnb.-A.	$96^1/_4$ G.	5% „ „ 2. „ „ „	— —
	5% Oesterr. Staats-Esnb.-A.	190 P.	$4^1/_2$% Ldwh.-Berb. Pr.-Obl.	$102^1/_2$ P.
	5% Elisab. B. fl. 200 pr. St. $^5/_6$	$109^3/_4$ P.	4% „ „ „	99 P.
	5% Böhm. Westb.-Akt. fl. 200	67 P.	$4^1/_2$% Rhein-Naheb. Pr.-O.	98 P.
	Rhein-Nahe-Bahn	$26^7/_8$ G.	5% Ital. R. 20% Einz. Fr. à 28	— —
	4% Ldwh.-Berb. Eisenbahn	$142^3/_4$ G.	4% Südd. Bnk.-A. 30% Einz.	249 G.
	4% Neustadt-Dürkheimer	— —	Span. Cr. d. Pereire 70% „	— —
	$4^1/_2$% Pf. Max-Esb.-A. b. R.	$105^3/_4$ G.	$4^1/_2$% Bayer. Ostb. 30% „	$112^1/_2$ P.
	$4^1/_2$% Bayer. Ostbahn-Aktien	$113^1/_4$ P.	3% Deutsch. Phönix 20% „	152 P.
	4% Hess. Ludwigsbahn	$127^1/_2$ P.	Frkf. Rückvers.-G. 10% „	$104^1/_2$ G.
	Friedr.-Wilh.-Nordb.-Aktien	— —	4% Frkf. Provident. 10% „	92 P.
	$4^1/_2$% Frankf. Han. Prior.-O.	— —	Frkf. Hypothekenb. 25% „	— —

Anlehens-Loose.

Oest. 250 fl. b. R 1839	$120^1/_2$ G.
„ 250 fl. „ 1854	75 P.
„ 100 fl. Pr. 1858	$127^3/_4$ P.
„ 500 fl. v. 1860 $^6/_7$	$79^1/_2$ b.
„ 100 fl. v. 1864	$94^1/_8$ P.
$3^1/_2$% Preuß. Pr. A.	— —
Schwed. Rthlr. 10 L.	$9^3/_4$ P.
Bad. 50-fl.-Loose	$112^5/_8$ G.
„ 35-fl.- „	$52^3/_4$ P.
Kurh. 40 Thl. L. b. R.	$55^1/_4$ G.
Gr. Hess. 50 fl. L. b. R.	$132^3/_4$ P.
„ 25 fl. „ „ „	$36^3/_4$ G.
Nass. 25-fl.-L. b. R.	$36^3/_4$ P.
Sard. 36-Fr.-L. b. B.	$62^3/_4$ G.
Mail. 45-Fr.-L. b. R.	33 G.
$2^1/_2$ Lütt. Pr. O. b. G.	$35^1/_2$ P.
3% Bordeaux 100 Fr	86 G.
Ansb.-Gunzenh. L.	$11^1/_8$ P.

Wechsel-Kurse.

Amsterdam	k.S.	100 $^1/_4$ B.
Antwerpen	„	$93^5/_8$ G.
Augsb. 24 fl. 100	„	$99^7/_8$ B.
Berlin	„	$105^1/_4$ B.
Bremen	„	$96^7/_8$ B.
Brüssel	„	$93^5/_8$ G.
Cöln	„	$104^7/_8$ G.
Hamburg	„	$88^7/_8$ B.
Leipzig	„	105 G.
London	„	$118^1/_4$ B.
Maild. i. Fr. 200	„	$93^1/_4$ G.
München	„	$99^7/_8$ B.
Paris	„	$93^3/_4$ G.
„ 60 à 90 T.	„	$93^5/_8$ G.
Wien	k.S.	$99^3/_8$ b.
Disconto		$3^1/_2$% G.

Gold und Silber.

Pistolen	fl.	9 40	-41
Preuß. Frd'or.	„	9 56	-57
Holl. fl. 10 St.	„	9 $46^1/_2$	$-47^1/_2$
Rand-Ducat.	„	5 $33^1/_2$	$-34^1/_2$
20-Frankenst.	„	9 22	-23
Engl. Sover.	„	11 44	-48
Russ. Imper.	„	9 39	-41
Gold pr. Zpfd.	„	803	-808
5-Frank.-Thl.	„	—	—
Alte österr. 20r.	„	30 24	G.
Rand-20r.	„	30 12	G.
Hh. Silb. p. Zpfd.	„	52	6-36
Preuß. Cassch.	„	1 45	$-45^1/_4$
Doll. in Gold	„	2 $26^1/_2$	$-27^1/_2$

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Mit einer Beilage.